S 67 U 648/01

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 67 U 648/01 Datum 13.11.2002

2. Instanz

Aktenzeichen L 3 B 131/02 U Datum 03.11.2003

3. Instanz

Datum -

Auf die Beschwerde der Beklagten wird der Beschluss des Sozialgerichts Berlin vom 13. November 2002 aufgehoben. Die Beteiligten haben einander keine Kosten zu erstatten.

GrÃ1/4nde:

Ι.

Durch Bescheid vom 14. August 2000 teilte die Beklagte dem KlĤger mit, sie sei seit dem 1. Januar 1995 der fĽr sein Unternehmen zustĤndige UnfallversicherungstrĤger, und veranlagte ihn ab 1. Januar 1996 zu den Gefahrklassen ihres Gefahrtarifs. Der KlĤger legte gegen diesen Verwaltungsakt mit Schreiben vom 15. Oktober 2000 sowie in der Folgezeit gegen eine Vielzahl weiterer von der Beklagten erlassener ZustĤndigkeits-, Veranlagungs- und Beitragsbescheide Widerspruch ein. Zur Begrľndung wurde mit Schreiben vom 18. Januar 2001 darauf hingewiesen, dass die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) seit Jahren den GemeindeunfallversicherungsverbĤnden (GUV) angeschlossen sei und dass diese traditionell gewachsenen Strukturen nicht einseitig verĤndert werden kĶnnten.

Daraufhin teilte die Beklagte dem Braunschweigischen GUV mit Schreiben vom 8. Februar 2001 mit, sie halte sich für den für den Kläger zuständigen Unfallversicherungsträger, frage aber gleichzeitig an, ob für ihn die dortige Zuständigkeit gegeben sei. Hiervon setzte die Beklagte den Kläger in Kenntnis. Nach umfangreicher Korrespondenz, u.a. mit der Bundesgeschäftsstelle des Klägers, erinnerte die Beklagte mit Schreiben vom 29. Mai 2001 den Braunschweigischen GUV an die Beantwortung des Schreibens vom 8. Februar 2001. Dieser teilte der Beklagten mit Schreiben vom 26. Juni 2001 mit, in Niedersachsen wie auch in den anderen Bundesländern sei die Mitgliedschaft der in Hilfeleistungsunternehmen hauptamtlich Beschäftigten derzeit in der Diskussion. Während ehrenamtlich tätige Personen bei ihm beitragsfrei versichert seien, seien hauptamtlich Beschäftigte der Hilfeleistungsunternehmen, so auch der Kläger, nicht bei ihm versichert. Das gelte vorbehaltlich einer Entscheidung der Aufsichtsbehörde.

Mit Schreiben vom 24. Juli 2001 übersandte die Beklagte diese Stellungnahme dem Kläger und kündigte an, sie werde noch eine Stellungnahme der Bundesgeschäftsstelle der JUH einholen. Diese teilte der Beklagten mit Schreiben vom 30. Juli 2001 mit, dass sie die Rechtsauffassung des Braunschweigischen GUV nicht teile und wies darauf hin, dass in der Frage der versicherungsrechtlichen Zuständigkeit für die Mitarbeiter der drei Hilfsorganisationen JUH, Malteser-Hilfsdienst und Arbeiter-Samariter-Bund unterschiedliche Auffassungen vertreten werden. Auch der Kläger hatte mit Schreiben vom 26. Juli 2001 die Auffassung vertreten, die Aussage des Braunschweigischen GUV sei &8222;so nicht richtig&8220;. Selbstverständlich sei man in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ständig beim GUV versichert gewesen.

Mit der am 17. August 2001 bei dem Sozialgericht Braunschweig eingegangenen Klage vom 10. August 2001 machte der Kläger die Nichtigkeit der ihn belastenden Bescheide wegen fehlender Zuständigkeit und Adressierung an den falschen Rechtsträger geltend und führte aus, die Klage sei auch gemäÃ∏ § 88 Abs. 2 Sozialgerichtsgesetz (SGG) begrþndet, weil die Beklagte über erhobene Widersprþche innerhalb der Dreimonatsfrist nicht entschieden habe.

Nach Durchführung eines Erörterungstermins am 23. August 2001 hat das Sozialgericht Braunschweig sich für örtlich unzuständig erklärt und den Rechtsstreit an das Sozialgericht Berlin verwiesen (Beschluss vom 3. September 2001).

Durch Widerspruchsbescheid vom 14. Februar 2002 wies die Beklagte (soweit ersichtlich) sämtliche Widersprüche des Klägers zurück. Sie führte u.a. aus, der Widerspruch vom 15. Oktober 2000 gegen den Aufnahmebescheid vom 14. August 2000 sei unzulässig, da er nach Ablauf eines Monats eingelegt worden sei. Die Widerspruchsfrist des <u>§ 84 SGG</u> sei überschritten. Sie berufe sich ausdrücklich auf dieses Fristversäumnis.

Mit Schreiben vom 14. März 2002 stellte der Kläger klar, dass es sich bei der von ihm erhobenen Klage um eine Untätigkeitsklage gemäÃ☐ § 88 Abs. 2 SGG

handele, da die Beklagte seinen Widerspruch innerhalb der Dreimonatsfrist nicht beschieden habe. Mit Schreiben vom 9. April 2002 erklĤrte er die &8222;hier vorliegende UntĤtigkeitsklage&8220; in der Hauptsache fľr erledigt und beantragte, der Beklagten die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen. Die Beklagte lehnte eine Kostenľbernahme ab, da sie keinen Anlass zur Klageerhebung gegeben habe.

Das Sozialgericht entschied durch Beschluss vom 13. November 2002, dass die Beklagte dem Kläger die auÃ∏ergerichtlichen Kosten des Rechtsstreits zu erstatten habe: Dessen Klage habe als UntÃxtigkeitsklage von Anfang an Aussicht auf Erfolg gehabt, und die Beklagte habe dadurch Anlass zur Klageerhebung gegeben, dass sie über den Widerspruch des Klägers gegen den Zuständigkeitsbescheid vom 14. August 2000 ohne zureichenden Grund nicht innerhalb der Frist des § 88 Abs. 2 SGG entschieden habe. Gründe, die es ausnahmsweise wegen eines rechtsmissbrĤuchlichen Verhaltens des KlĤgers rechtfertigen kĶnnten, gleichwohl von einer Kostentragungspflicht abzusehen, seien nicht erkennbar. Die angeführten Gründe für die späte Bescheidung des Widerspruchs könnten nicht überzeugen und erfüllten die Anforderungen an einen zureichenden Grund im Sinne des <u>§ 88 Abs. 1 Satz 1 SGG</u> nicht. Da der hier streitige Widerspruch verspĤtet eingelegt worden sei und die Beklagte sich in dem Widerspruchsbescheid vom 14. Februar 2002 auf Verfristung berufen habe, komme es nicht darauf an, ob die Schwierigkeiten der materiellen Rechtslage und der Ermittlungs- und PrÃ1/4fungsaufwand eine lÃxngere als die benötigte Verfahrensdauer gerechtfertigt hAxtten. Aus diesem Grund kA¶nne sich die Beklagte auch nicht auf eine erhĶhte allgemeine Arbeitsbelastung berufen, die durch die Vielzahl der wegen des neuen Gefahrtarifs zu erteilenden Bescheide angefallen sei. Schlie̸lich könne dem Kläger auch wegen der Vielzahl der von ihm anhängig gemachten Widerspruchs- und Klageverfahren und wegen einer fehlenden Bereitschaft zur Kooperation (Ein-verstĤndnis mit der Durchfļhrung von Musterverfahren) kein rechtsmissbrĤuchliches Verhalten vorgeworfen werden, da jedem Verfahren ein gesonderter Bescheid der Beklagten zugrunde liege.

Gegen den am 28. November 2002 zugestellten Beschluss hat die Beklagte am 18. Dezember 2002 Beschwerde eingelegt. Sie ist der Auffassung, das Sozialgericht sei zu Unrecht davon ausgegangen, dass eine UntĤtigkeitsklage vorgelegen habe. Der KlĤger habe eine Nichtigkeitsklage erhoben, die ohne Aussicht auf Erfolg gewesen sei. Würde man eine Untätigkeitsklage unterstellen, lägen bis zum Zeitpunkt der Klageerhebung zureichende Gründe vor, welche sie von der Erteilung eines Widerspruchsbescheides abgehalten hätten.

Das Sozialgericht hat der Beschwerde nicht abgeholfen und die Sache dem Landessozialgericht vorgelegt.

Der Klåger håglt den Beschluss des Sozialgerichts få¼r zutreffend. Er habe klargestellt, dass eine Untågtigkeitsklage erhoben worden sei, und die Beklagte habe keine Grå¼nde vorgetragen, die sie gehindert hågten, innerhalb der Frist des å§ 88 Abs. 2 SGG einen Widerspruchsbescheid zu erlassen. Mit Schriftsatz vom 25. September 2003 hat der Klåger erklågrt, er nehme den Kostenantrag zurå¼ck.

Die Beklagte hat daraufhin mitgeteilt, sie $k\tilde{A}\P$ nne die Beschwerde nicht zur $\tilde{A}^{1}\!\!/_{\!4}$ cknehmen, da in diesem Fall die Kostenentscheidung des Sozialgerichts rechtskr \tilde{A} ¤ftig werden w $\tilde{A}^{1}\!\!/_{\!4}$ rde.

II.

Die nach <u>§ 172 SGG</u> statthafte, frist- und formgemäÃ∏ eingelegte Beschwerde der Beklagten ist zulÄxssig. Durch die von dem KlÄxger mit Schriftsatz vom 25. September 2003 abgegebene ErklĤrung, er nehme den Kostenantrag zurļck, ist das Rechtsschutzbedürfnis für die von der Beklagten eingelegte Beschwerde gegen den Beschluss des Sozialgerichts vom 13. Novem-ber 2002 nicht entfallen. Anders als ein Urteil durch eine nach dessen Verkündung erklärte KlagerÃ1/4cknahme wird ein nach § 193 SGG ergangener Kostenbeschluss durch die im Beschwerdeverfahren erklĤrte Rücknahme des Kostenantrages nicht wirkungslos. WAxhrend die KlagerA1/4cknahme die Rechtsnatur einer Prozesshandlung hat und ipso iure zur Erledigung des Rechtsstreits in der Hauptsache fýhrt (§ 102 Satz 2 SGG), ist der Antrag auf Kostenentscheidung nur eine von mehreren formellen Voraussetzungen fýr den Erlass eines Beschlusses nach § 193 SGG. Ein solcher wÃxre nicht nichtig oder wirkungslos, wenn ihn das Sozialgericht trotz Fehlens eines Antrages erlassen wýrde und bedürfte der Aufhebung im Beschwerdeverfahren durch Beschluss. Dasselbe gilt für den Fall der Rýcknahme des gestellten Kostenantrages im Beschwerdeverfahren. Sie führt nicht zum Wegfall oder zur Wirkungslosigkeit des Kostenbeschlusses kraft Gesetzes, sondern lÄxsst eine Entscheidung des Beschwerdegerichts in der Sache zu. Diese schlie̸t im Ã∏brigen auch einen sonst möglichen neuen Kostenantrag des Klägers aus.

Die Beschwerde ist auch begründet. Das Sozialgericht hat zu Unrecht entschieden, dass die Beklagte dem Kläger die auÃ∏ergerichtlichen Kosten des Rechtsstreits zu erstatten habe.

Die Kostentragungspflicht richtet sich, wovon das Sozialgericht zu Recht ausgegangen ist, nach <u>§ 193 SGG</u> in der bis 31. Dezember 2001 gýltig gewesenen Fassung. <u>§ 197 a Abs. 1 SGG</u> findet keine Anwendung, weil das dem angefochtenen Beschluss zugrunde liegende Klageverfahren vor dem 1. Januar 2002 rechtshängig geworden ist (<u>Art. 17 Abs. 1 des 6. SGG</u>Ã☐ndG vom 17. August 2001 â☐ BGBI. I, S. 2144, 2158).

Bei der nach \hat{A} § 193 Abs. 1 2. Hs. SGG zu treffenden Kostenentscheidung hat das Gericht nach sachgem \tilde{A} ¤ \tilde{A} \square em Ermessen zu entscheiden und dabei insbesondere auch die Erfolgsaussichten der Klage zu ber \tilde{A} 1 4cksichtigen. Zu pr \tilde{A} 1 4fen sind dar \tilde{A} 1 4ber hinaus die Gr \tilde{A} 1 4nde f \tilde{A} 1 4r die Klageerhebung, also die Frage, ob die Beklagte Veranlassung zur Klageerhebung gegeben hat.

Das Sozialgericht ist in seiner Entscheidung zu Recht davon ausgegangen, dass eine UntĤtigkeitsklage vorlag. Dies lĤsst sich zwar der 20-seitigen Klageschrift vom 10. August 2001 nicht eindeutig entnehmen, weil die von dem KlĤger eingangs formulierten AntrĤge den Schluss zulassen, dass eine Klage auf Feststellung der

Nichtigkeit eines Verwaltungsaktes im Sinne des § 55 Abs. 1 Nr. 4 SGG erhoben werden sollte. Mit Schriftsatz vom 14. März 2002 hat der Kläger jedoch klargestellt, dass es sich um eine Untätigkeitsklage handele, da die Beklagte über den Widerspruch nicht innerhalb der Dreimonatsfrist des § 88 Abs. 2 SGG entschieden habe. Insoweit liegt keine Klageänderung vor, die gemäÃ∏ § 99 SGG der Einwilligung der Beklagten oder der gerichtlichen Zulassung als sachdienlich bedurft hätte, sondern eine erforderliche Klarstellung des Begehrens des Klägers als Ausfluss der Dispositionsmaxime, wonach die Beteiligten, auch wenn der Rechtsstreit begonnen hat, weiterhin die Verfþgungsbefugnis über den Streitgegenstand haben.

Bei Erledigung einer nach Ablauf der in <u>§ 88 SGG</u> geregelten Fristen erhobenen UntÄxtigkeitsklage fallen die Kosten in der Regel der Beklagten nur dann zur Last, wenn der KlÄxger nach den ihm bekannten UmstÄxnden mit einer Bescheiderteilung vor Klageerhebung rechnen durfte.

Entgegen der Auffassung des Sozialgerichts durfte der Kl \tilde{A} x ger vor Klageerhebung noch nicht mit dem Erlass eines Widerspruchsbescheides bez \tilde{A} 1 4 glich des gegen den Bescheid vom 14. August 2000 eingelegten Widerspruchs und mit Entscheidungen \tilde{A} 1 4 ber die weiteren im Laufe des Verfahrens von ihm gegen diverse Bescheide der Beklagten erhobenen Rechtsbehelfe rechnen. Die Beklagte hatte einen zureichenden Grund, \tilde{A} 1 4 ber den Widerspruch gegen den Bescheid vom 14. August 2000 noch nicht zu entscheiden, und dieser Grund war f \tilde{A} 1 4 r den Kl \tilde{A} x ger erkennbar.

Die Berechtigung der Beklagten, den Kläger oder â∏ wie hier â∏ Regionalverbände des Klägers durch einen Bescheid über die Feststellung der ZustÃxndigkeit in ihr Unternehmensverzeichnis aufzunehmen und zum Gefahrtarif zu veranlagen, hängt, worüber zwischen den Beteiligten Einigkeit besteht, davon ab, ob die ZustĤndigkeit eines anderen UnfallversicherungstrĤgers, hier eines GUV, besteht. Bestünde eine Mitgliedschaft des KIägers bei einem anderen UnfallversicherungstrĤger, wĤre die Beklagte rechtlich gehindert, den KlĤger durch einen Aufnahmebescheid gemäÃ∏ § 136 Abs. 1 Satz 1 Sozialgesetzbuch â∏ Siebentes Buch â∏ (SGB VII) in ihre Zuständigkeit zu übernehmen. Die Aufnahme eines bereits bei einem anderen UnfallversicherungstrĤger formell als Mitglied angenommenen Unternehmers ist unzulÄxssig und ein trotzdem erteilter Aufnahmebescheid wegen der auszuschlie̸enden Doppelmitgliedschaft nichtig (BSGE 68, 217, 218 = $SozR 3-2200 \hat{A}$ § 776 Nr. 1; SozR 2200 \hat{A} § 664 Nr. 2 m.w.N.). Da der KlĤger seinen Widerspruch gegen den Bescheid vom 14. August 2000 mit dem Hinweis darauf begrÃ1/4ndet hatte, dass die JUH seit Jahren den GUV angeschlossen sei, waren entsprechende Ermittlungen der Beklagte unabdingbar. Demzufolge hatte die Beklagte mit Schreiben vom 8. Februar 2001 eine Anfrage an den Braunschweigischen GUV gerichtet, die trotz Erinnerung erst mit Schreiben des GUV vom 26. Juni 2001 beantwortet wurde. Dieses Antwortschreiben reichte jedoch zur KlĤrung der Sach- und Rechtslage nicht aus und erforderte weitere Ermittlungen, zumal sowohl der KlAzger mit Schreiben vom 26. Juli 2001 als auch die BundesgeschĤftsstelle der JUH Stellungnahmen abgegeben hatten, die den Angaben des Braunschweigischen GUV widersprachen. Ä ber diese

Ermittlungsbemühungen der Beklagten war der anwaltlich vertretene Kläger durch die mit den Prozessbevollmächtigten geführte Korrespondenz informiert. Letzteren musste klar sein, dass wegen der unklaren Sach- und Rechtslage und dem erforderlichen Klärungsbedarf eine Entscheidung þber den Widerspruch gegen den Veranlagungsbescheid vom 14. August 2000 noch nicht ergehen konnte. Bei dem damaligen Verfahrensstand ist es nicht nachvollziehbar, dass von dem Kläger gerichtlicher Rechtsschutz in Anspruch genommen wurde.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass im Zeitpunkt der Klageerhebung im August 2001 die Sache nicht entscheidungsreif war und dass die Beklagte die gebotenen Ermittlungen durchgefÃ $\frac{1}{4}$ hrt sowie die ProzessbevollmÃ $\frac{1}{4}$ chtigten des KlÃ $\frac{1}{4}$ gers hiervon laufend unterrichtet hatte. Von diesen hÃ $\frac{1}{4}$ tte erwartet werden kÃ $\frac{1}{4}$ nnen, dass sie der Beklagten eine angemessene Frist zur Bescheiderteilung gesetzt und fÃ $\frac{1}{4}$ r den Fall der FristÃ $\frac{1}{4}$ berschreitung Klageerhebung angedroht hÃ $\frac{1}{4}$ ten. Die Klageerhebung ohne jegliche Vorwarnung muss â $\frac{1}{4}$ jedenfalls in der damaligen Situation â $\frac{1}{4}$ fÃ $\frac{1}{4}$ r einen objektiven Betrachter als Ã $\frac{1}{4}$ berraschend angesehen werden.

Nicht zu überzeugen vermag die Argumentation des Sozialgerichts, unabhängig von dem erhöhten Ermittlungs- und Prüfaufwand sei die Ã∏berschreitung der Dreimonatsfrist deshalb nicht gerechtfertigt gewesen, weil der Widerspruch verspÄxtet eingelegt und durch den Widerspruchsbescheid vom 14. Februar 2002 auch wegen Verfristung zurÄ1/4ckgewiesen worden sei. Dem steht zum einen entgegen, dass ungeklĤrt ist, ob der Widerspruch tatsĤchlich verspĤtet erhoben wurde, denn es ist weder erkennbar, wann der Bescheid vom 14. August 2000 dem Klåger zugegangen ist noch wann dessen Widerspruch vom 15. Oktober 2000 bei der Beklagten einging. Es ist auch nicht auszuschlie̸en, dass Wiedereinsetzungsgründe vorliegen. Entscheidend ist jedoch, dass es der Beklagten freistand, den verspĤtet eingelegten Widerspruch nach materiellrechtlicher Prüfung sachlich zu bescheiden. Anders als im gerichtlichen Verfahren, in dem eine verspäxtet erhobene Klage als unzuläxssig abgewiesen werden muss, kann die BehĶrde einem unzulĤssigen Widerspruch, wenn sie ihn fļr begrÃ¹/₄ndet erachtet, abhelfen (§ 85 Abs. 1 SGG) oder durch Widerspruchsbescheid sachlich entscheiden mit der Folge, dass die Fristverletzung geheilt wird (vgl. Meyer-Ladewig, Sozialgerichtsgesetz, 7. Auflage, § 84 Rz. 7).

Auch der Umstand, dass der Widerspruchsbescheid erst am 14. Februar 2002 ergangen ist, also ca. sechs Monate nach Klageerhebung, fýhrt zu keiner anderen rechtlichen Bewertung. Für die nach § 193 Abs. 1 2. Hs. SGG zu treffende Kostenentscheidung ist maÃgebend, ob die Beklagte Veranlassung zur Klageerhebung gegeben hat. Hätte, wie im vorliegenden Fall, die Klageerhebung durch sachgerechtes Handeln des Klägers vermieden werden können, spielt das Verhalten der Beklagten nach Klageerhebung für die Kostentragungspflicht keine entscheidende Rolle (LSG Berlin, Beschluss vom 21. August 1995 â∏ L 2 An-S 93/95).

Die Entscheidung des Sozialgerichts, dass die Beklagte die au̸ergerichtlichen Kosten des Klägers zu erstatten habe, war daher aufzuheben.

Dieser Beschluss ist unanfechtbar (§ 177 SGG).

Erstellt am: 16.01.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024